Ostermärsche stark beachtet

Zehntausende in nahezu 100 Orten

Die längste deutsche Ostermarschetappe startete am Ostermontag in Bochum. Wenn an beiden Tagen zuvor auf dem Ostermarsch Rhein-Ruhr von Köln/Duisburg/Düsseldorf nach Bochum auch Fahrräder und öffentlicher Nahverkehr zur Hilfe genommen wurden, ging es nun über 16 Kilometer zu Fuß in die Dortmunder Nordstadt. Gestartet wurde in Bochum-Werne mit einem Gottesdienst nicht nur für Kirchgänger.



Abschlusskundgebung des Ostermarsches am Sonntag, 16. April, in Gelsenkirchen Foto: Gisela Blomberg

Die Pfarrerinnen Susanne Kuhles und Eva-Maria Ranft gingen von einer irreführenden Übersetzung im Johannesevangelium aus. Richtig heiße es nicht »selig sind die Friedfertigen«, sondern »selig sind die Friedensstifter«. Nicht die Menschen, die friedlich stillhalten, sondern die, die sich aktiv für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen, handelten zu allen Zeiten im Sinne des Evangeliums. Die Ostermarschierer verstehen sich als Friedensstifter. Die vielen Tausend, die auf Facebook und in Umfragen den Zielen der Friedensbewegung zustimmen, aber leider nicht mitlaufen, dürfen sich eher als Friedfertige ansehen.

Mehr Teilnehmer

Es wird oft in den Medien hervorgehoben, wie groß die Friedensbewegung einst war. Im Neuen Deutschland schrieb am Ostersamstag ein Herr Schütt über die Märsche: »Einst standen viele gegen ein Elend auf, heute eint sie nur noch das Elend, als derart viele so allein zu sein.« Es werden zwei Dinge übersehen. Damals war der Ostermarsch zumeist monothematisch. Auf »Bombe weg!« einigt man sich leicht. Heute jedoch fasst z. B. die Süddeutsche Zeitung zusammen: »Mörderische Konflikte im Nahen Osten und der Ukraine, ein drohender Atomkonflikt zwischen den USA und Nordkorea, Rekorde bei den Rüstungsausgaben – Anlässe, um gegen den Krieg und für den Frieden zu demonstrieren, gibt es zurzeit ziemlich viele. Bei den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung schlug sich diese unruhige Weltenlage in den Teilnehmerzahlen nieder: Nach Schätzungen der Organisatoren beteiligten sich bundesweit mehrere Zehntausend Menschen an den etwa 90 Veranstaltungen und Aktionen, damit lag die Teilnehmerzahl leicht über der des Vorjahres.«

Die Teilnehmerzahlen sind heute schwer zu schätzen, die Zahl der Orte mit Ostermärschen noch weniger. Oft spontan und ohne irgendwelche Zentralen zu informieren, laufen Friedensleute von immer anderen Orten los. Von A bis Z zählen Ortsblätter auf: Von den Aachenern, die nach Düsseldorf fuhren und dort an den Start gingen, bis zu den Zwickauern, die in Chemnitz dazu stießen, so dass die »Freie Presse« bekundete: »Mehr Teilnehmer am Ostermarsch«. Auf 250 habe sich der Marsch verdoppelt, das sei der weltpolitischen Lage geschuldet. »Redner appellierten, die Militärausgaben für die Bundeswehr nicht wie von der US-Regierung gefordert massiv zu erhöhen. Das Geld soll stattdessen in Schulen, Straßen, Bahnstrecken oder Sportstätten fließen.«

Mehr Themen

Die Deutsche Friedensgesellschaft löste das Problem der Auswahl unter den zu behandelnden Themen basisdemokratisch. Sie appellierte an ihre Gruppen, sich aus der Liste etwas auszusuchen:

- Gegen die massive Erhöhung des Militäretats auf 60 Milliarden Euro – das »2-Prozent-Ziel« der NATO
- Gegen die Waffenindustrie
- Nein zu Bundeswehr-Rekrutierung – Stichwort: »Unter 18 nie!«
- Für eine atomwaffenfreie Welt
- Auslandseinsätze beenden
- Solidarisch gegen Repression – Stichwort: »Solidarität«

Auch die Ökologiebewegung war dabei: In Gronau und Jülich vereinte sie sich mit den Friedensmarschleuten und verlangte die Stilllegung der Atomfabriken, den Stopp der Atomtransporte und die Beendigung der Urananreicherung, die – was kaum bekannt ist – auch der Atomwaffenproduktion im Ausland dient. In Büchel ging es wieder gegen die dortige Atombombenlagerung. In Rostock kamen Versäumnisse der Stadt im Umgang mit ihrer Industriegeschichte zur NS-Zeit zur Sprache.

Gegen Großmachtträume

Es fiel auf, dass bei diesen Ostermärschen weniger die Weltprobleme abgearbeitet wurden, darunter solche, auf die von hier aus leider keine Einflussmöglichkeit gegeben ist. Vielfach wurde die Losung der VVN-BdA angewendet: »Die deutschen Großmachtträume platzen lassen!« Denn, so ein Sprecher der VVN-BdA in Gelsenkirchen: »Unser Ostermarsch hat sich stets vor allem an die Verantwortlichen im eigenen Land gewandt und die Verantwortung von uns Deutschen vor unserer Geschichte betont. Angesichts der heutigen Regierungspolitik mit dem Plan, die Rüstung zu verdoppeln, um Deutschlands führende Rolle zu betonen und die EU zur von Deutschland dominierten Militärmacht umzubauen, sagen wir: Schluss damit.«

Der Landesausschuss der VVN-BdA NRW hatte sich zu Ostern an alle Landtagsabgeordneten und Landtagskandidaten zur Wahl am 14. Mai gewandt und gefordert: »Das Schweigen über die Tatsache, dass NRW zum hauptsächlichen Aufmarschgebiet für sehr aktuell drohende Kriege gemacht wird, ist im Wahlkampf und darüber hinaus zu brechen.« Von NRW aus sei die Bundeswehr bis nahe an die russische Grenze herangebracht worden. »Speerspitze« nennt sich das. In Litauen wurde sie vom Oberbefehlshaber der dortigen Armee mit den Worten empfangen: »Wir schaffen jetzt die Strukturen für die Zeit des Krieges.« Genau diese Strukturen seien aber abzulehnen.

Die Medien berichteten freundlicher als sonst. DPA zitiert Torsten Schleip aus Leipzig: »Diesmal sind vor allem mehr Familien mit Kindern gekommen.« Es sei gegen Kriegseinsätze, Waffenexporte und Aufrüstung gegangen, fasste die Agentur zusammen. Und weiter: »Redner kritisierten auch die jüngsten Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber in den Krisenstaat Afghanistan« – so in Stuttgart. Dort fand sich auch die Losung: »NATO muss verschwinden, damit wir Frieden finden.«

Das Ostermarschbüro in Frankfurt stellte durch seinen Sprecher Willi van Oyen das große Ziel in seinem Fazit heraus: Es bleibe die Aufgabe der Friedensbewegung, die Alternativen zur derzeitigen Politik deutlich zu machen und dafür neue Mehrheiten zu gewinnen.

Ulrich Sander

VOM RHEIN ZUR ODER



Für alle, die sie beim Bundeskongress noch nicht gesehen haben, zeigen wir hier ein paar Tafeln unserer neuen Ausstellung zur Alternative für Deutschland (AfD), die ab sofort über die Bundesgeschäftsstelle beziehbar ist.

Technische Daten:
»Der Arm der Bewegung«
11 Roll-Ups im Format
85 cm x 200 cm
Gesamtgewicht: 22 kg
2 Reisetaschen

VVN-BdA Landesprecherin im Landtag:

Erinnerung an die Opfer politischer Verfolgung

Bei der Feierstunde des baden-württembergischen Landtags am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Faschismus, steht alljährlich eine wechselnde Opfergruppe im Mittelpunkt der Erinnerung. Nach langen Jahren waren 2017 nun auch die Opfer politischer Verfolgung und der politische Widerstand gegen den Faschismus an der Reihe.

Nach der Niederlegung eines Blumengebindes am Stuttgarter Mahnmal für die Opfer des Faschismus begrüßte Lantagspräsidentin Muhterim Aras die Besucherinnen und Besucher der Gedenkstunde, darunter neben den Abgeordneten viele Mitglieder der verschiedenen Opferverbände. Sie setzte sich vor dem Hintergrund ihrer eigenen Biografie als Migrantin mit den vielen rassistischen Anschlägen und Übergriffen gegen Minderheiten der letzten Monate auseinander.

Als Novum in der Geschichte des Landesparlamentes trat dann die Landessprecherin der VVN-BdA, Ilse Kestin, an das Rednerpult des nach einer aufwändigen Renovierung neueröffneten Plenarsaales.

Ilse Kestin erinnerte an den opferreichen Widerstand gegen den Faschismus auch in Baden-Württemberg. Sie nannte als Beispiele bundesweit bekannte Widerstandskämpfer und -kämpferinnen wie Willi Bleicher und Lilo Herrmann, aber auch die Stuttgarter Anton Hummler und die Familie Schlotterbeck, deren einziger Überlebender, Frieder Schlotterbeck, nach der Befreiung erster Vorsitzender der VVN in Württemberg Baden wurde.

Mit Seitenblick auf die neu in den Landtag eingezogene, 21 Köpfe umfassende Fraktion der AfD, rief Ilse Kestin aus: »Was wir heute mit den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa und der ganzen Welt erleben, zeigt, dass 47 Jahre nach Willy Brandts Bekenntnis zu ›mehr Demokratie wagen‹ in Deutschland wieder eine Rückwärtsbewegung in Richtung Nationalismus stattfindet. Wir alle müssen Verantwortung für die Gestaltung einer freien, demokratischen, sozialen und gerechten Gesellschaft übernehmen, vor allem durch unser Engagement gegen rechts.«

Die Feierstunde wurde umrahmt von Infoständen der Opferverbände und einer Ausstellung über deren Beiträge zur Erinnerung an den politischen Widerstand. Die VVN-BdA präsentierte dort Tafeln über Alfred Hausser, Karl Wagner, Ludwig Marum und den Spanienkämpfer Fritz Birk. *DL*

Redaktion dieser Seite: Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718



Am 17. Januar verkündete das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein erschreckendes Urteil zum Nicht-Verbot der NPD. Die VVN-BdA protestierte vor dem Eingang des Gerichts. Foto: DL

Schluss mit der Ehrung von Nazikollaborateuren:

Protest in Athen, Berlin, Rom und Künzelsau …

Ja, richtig gelesen: Die FIR und die VVN-BdA organisierten in wichtigen europäischen Metropolen Protestaktionen gegen den Aufmarsch der Nazis und Neonazis im lettischen Riga.

Seit dem 16. April kann nun auch Künzelsau mithalten. Zwar wurde seit dem Bauernkrieg aus diesem verschlafenen, abgelegenen baden-württembergischen Kreisstädtchen zwischen Heilbronn und Schwäbisch Hall keinerlei außerparlamentarischer Protest mehr gemeldet, während in den genannten Nachbarstädten die Friedens- und Antifabewegung ständig virulent war. Aber an diesem Tag stellten sich eine Handvoll Aktivisten der VVN-BdA dort ein und boten das selten gesehene Bild einer Mahnwache gegen den SS-Veteranenaufmarsch in Riga.

Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass Lettland nicht nur in Berlin, Bremen, Hamburg, Frankfurt und Düsseldorf Vertretungen unterhält, sondern eben auch in Künzelsau ein lettischer Honorarkonsul residiert. So sorgte die Mahnwache vor dieser sonst wohl kaum beachteten Einrichtung für ziemliches Aufsehen. Obwohl die Zahl der ansprechbaren Passanten und Passantinnen in der Oberamteistraße außerordentlich überschaubar war, waren Polizei und Ordnungsbehörde mit beträchtlichem Aufgebot vertreten. Der vorgesehene Versammlungsplatz von ca. fünf mal zwei Metern war gar mit Verkehrsabsperrungen säuberlich abgetrennt und mit Fußgängerumleitungsschildern versehen. Nachdem die Sperren von den Demonstranten zur Seite geschoben waren und der Obrigkeit erklärt worden war, dass Absperrungen andernorts nicht üblich seien und der Versammlungsfreiheit widersprächen, nahm der Protest an einem sonnigen Nachmittag einen entspannten Verlauf.

In Künzelsau wird wohl noch länger davon geredet werden. *DL*



Mahnwache am vorgeschriebenen Versammlungsort in Künzelsau Foto: www.beobachternews.de

Antifaschistisches Projekt bei den »Hofer Frauentagen«

»Ans Ende der Welt«

Musik. Bayerische Mundart. Kostproben vertonter Verse der Heimatdichterin Emerenz Meier aus Schiefweg (Waldkirchen), eine der ersten Mundartdichterinnen überhaupt, begrüßten das Publikum.

Der Einstieg verblüffte einige der über dreißig Zuhörerinnen und Zuhörer in der Hofer Stadtbücherei. Sie waren zu einer Lesung im Rahmen der »Hofer Frauentage« über wenig bekannte Autorinnen gekommen. Die vier Akteurinnen des Gemeinschaftsprojekts von »Hof ist bunt, nicht braun« und der VVN-BdA Hof-Wunsiedel boten in eineinhalb Stunden geballte Information und Emotion. Es ging um Frauen, deren Laufbahnen und Leben größtenteils durch die NS-Diktatur jählings existentiell bedroht waren.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Emerenz Meier, die so muntere wie energische Bauern- und Wirtstochter, samt ihrer Familie der damaligen Perspektivlosigkeit des Bayerwalds bereits den Rücken gekehrt. In den USA jedoch ersticken die Ambitionen dieses großen Erzähltalents im Überlebenskampf der Eingewanderten. Diese sind obendrein dem Hass gegen die deutschen Flüchtlinge ausgesetzt, die in hellen Scharen ins Land strömten. Mit 53 Jahren stirbt die einst so vitale Autorin in Chicago und gerät in Vergessenheit.

Wer spricht heute noch über die rund 250 Autorinnen, die auf den »Schwarzen Listen« der Nazis landeten bzw. in den Listen zu »schädlicher und unerwünschter Literatur«? Einige von ihnen hatte die VVN-BdA bereits in ihrem Forderungskatalog zur Erinnerungskultur in Hof, in dem »Blauen Flyer II«, ans Licht geholt. Ihr Lebenswerk und ihre künstlerische Leistung verdienen gewürdigt zu werden. In Hof wie in zahlreichen anderen Städten hatten Mitte der 1930er Jahre die Nazis Straßen nach den völkischen Militaristen und Nazi-Kultfiguren Walter Flex, Hermann Löns und Gorch Fock benannt. Viele Hofer Antifaschisten treten für Umbenennungen ein.

Grete Weil, Carry Brachvogel, Liesl Karlstadt und Marie-Luise Fleißer – vor allem von diesen vier zu ihrer Zeit hoch angesehenen Künstlerinnen präsentierte Eva Petermann (VVN-BdA Hof) markante Lebensstationen. Allesamt waren sie auf ihre Art Pionierinnen.


Foto: Randolph Oechslein

Katharina Schnabel bei ihrem Vortrag aus »Münchner Kellnerinnen« von Carry Brachvogel.

Die Frauenrechtlerin und Bestseller-Autorin der 1920er Jahre Carry Brachvogel aus München gründete 1913 den ersten Verband für Schriftstellerinnen. Ab 1933 wurden die berühmte 70-Jährige und ihr Bruder Siegmund Hellmann wegen ihrer jüdischen Abstammung von einem Tag auf den anderen ins Abseits gestellt, später verhaftet und deportiert. 1942 kamen die Geschwister im KZ Theresienstadt um. Ähnlich tragisch verliefen die meisten Lebenswege der vorgestellten Frauen. Einigen von ihnen gelang es immerhin, zu emigrieren oder im Land selbst den Faschismus irgendwie zu überleben.

Katharina Schnabel (»Hof ist bunt«) stellte Texte von Brachvogel und Marie-Luise Fleißer vor. Die Hofer Kabarettistin Gabi Krüger brachte Liesl Karlstadt auf die Bühne. Kurz nach der Machtübertragung an Hitler machte sich diese beim NS-Regime nicht gerade beliebt. In kleinen Rollen schlug sie sich in späteren Jahren durch, mehr schlecht als recht. Nach der lustig-bösen Ulknummer der Partnerin von Karl Valentin hatte es Nanne Wienands (VVN-BdA Schwarzenbach) schwer. Wie einen Übergang finden zu den oft nachdenklich-schwermütigen Texten Grete Weils?

Die Jugendfreundin von Erika und Klaus Mann, die mit ihrem ebenfalls verfolgten Mann nach Holland emigrierte, war eine von wenigen Autorinnen, die aus dem Exil zurückkehrten in die alte Heimat. 1999 starb Grete Weil hoch betagt. Erst in den letzten Jahren ihres langen Lebens wurde ihr Werk ein wenig gewürdigt.

VVN-BdA Hof

Spenden für die VVN-BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto (bitte beachten: neue Bankverbindung, neue Nummern): VVN-BdA Bayern DE21 7015 0000 1003 3325 80; BIC: SSKMDEMMXXX

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Dachau: Ernst-Grube-Film

»Einer, der nicht aufgibt«

»Ernst Grube – Zeitzeuge. Von einem, der nicht aufgibt«: Nach der Präsentation des neuen Dokumentarfilms von Christel Priemer und Ingeborg Weber im Münchner NS-Dokumentationszentrum wurde er wenig später auch in der KZ-Gedenkstätte Dachau gezeigt.

Der Publikumsandrang war auch dort groß – und beeindruckend der Kreis der Veranstalter, der das Engagement des im Film porträtierten Holocaust-Überlebenden und nicht nur in der VVN seit Jahrzehnten aktiven Ernst Grube deutlich machte. Eingeladen hatten die Stadt Dachau, die KZ-Gedenkstätte, die Stiftung Bayerische Gedenkstätten, die Lagergemeinschaft Dachau, der Förderverein für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau, das Studienzentrum »Max-Mannheimer-Haus«, der örtliche »Runde Tisch gegen Rassismus«, das »Dachauer Forum«, die Evangelische Versöhnungskirche und die Katholische Seelsorge in der KZ-Gedenkstätte.

Von dem knapp 60-minütigen Film gibt es auch eine DVD, die über das Büro der bayerischen VVN-BdA erhältlich ist.

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »*antifa*« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Hans Besold, Unterhaching, 94 Jahre; Martin Löwenberg, München, 92 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 89 Jahre; Ingeborg Bräuhauser, München, 86 Jahre; Eckhard Blum, Traunreut, 80 Jahre; Manfred Kastner, Nürnberg, 70 Jahre; Christa Eggerdinger, Freising, 65 Jahre; Elisabeth Hinzer, Oberasbach, 65 Jahre; Michael Kettner, Neuburg, 65 Jahre; Brigitte Rasch, Landshut, 60 Jahre; Peter Sturm, Regensburg, 60 Jahre

Juni: Helmut Steuerwald, Nürnberg, 87 Jahre; Franz Hammer, Weiden, 81 Jahre; Rita Grünauer, München, 75 Jahre; Wolfgang Böhm, Regensburg, 70 Jahre; Günter Pierdzig, Bamberg, 70 Jahre; Günter Stahlhacke, Ebern-Jessendorf, 70 Jahre; Marian Decker, Regensburg, 65 Jahre; Günter Schachner, Peiting, 65 Jahre; Dietmar Brand, Denkendorf, 60 Jahre; Sigrid Heinze, Gersthofen, 60 Jahre

Auch in München gab es eine Mahnwache vor dem lettischen Konsulat

Aufklärung über »Legionäre«

Auch in München fand vor dem lettischen Konsulat in der Ohmstraße in Schwabing am 15. März eine von der VVN-BdA initiierte Mahnwache statt.



Friedbert Mühldorfer hielt die Mahnwachen-Ansprache am lettischen Konsulat in München.

Genehmigt worden war sie für den Gehsteig gegenüber. Im Konsulat hielt man sich während Mahnwache und Ansprache bedeckt, nahm jedoch eine von VVN-Landesgeschäftsführer Dr. Guido Hoyer überbrachte schriftliche Protesterklärung gegen den »Tag der Legionäre« entgegen. Die Ohmstraße ist eine ruhige, kleinere Straße, die zum Englischen Garten führt. Dennoch konnten sich die Demonstrierenden nicht über mangelnde Aufmerksamkeit beklagen. Immer wieder blieben Passantinnen und Passanten stehen und ließen sich über die auf den Plakaten und Flugblättern aufgeführten Hintergründe des Protests informieren. Einführend gab Friedbert Mühldorfer vom VVN-Landesvorstand in einer kurzen Ansprache einen Überblick. Hier ein Auszug daraus:

»Wir protestieren dagegen, dass seit einigen Jahren in Lettland am 16. März der ›Tag der Legionäre‹ begangen wird. De facto findet dort eine Verherrlichung der Mitglieder der SS-Verbände und SS-Hilfsverbände statt, die damals eingesetzt worden sind von der deutschen Wehrmacht, der deutschen SS und den ›Sicherheitsdiensten‹.

Diese öffentliche Zurschaustellung militaristischer und vor allem nazistischer Tradition empört nicht nur die Betroffenen und deren Angehörige in Lettland, sondern empört Betroffene und Angehörige in ganz Europa. Es geht eben nicht nur um eine Ehrung von Opfern auch auf Seiten lettischer Soldateneinheiten. Es geht hier ganz klar um die Verherrlichung einer furchtbaren Tradition, die Zigtausende Menschen das Leben gekostet hat.

Bernhard Grube erinnerte mit einer Tafel an seine nach Riga deportierten ermordeten Verwandten.

Man geht davon aus, dass allein 70.000 Jüdinnen und Juden aus Deutschland und aus Lettland Opfer dieses faschistischen Terrors geworden sind. Die lettischen Einheiten, diese ›Legionäre‹, wurden als Hilfstruppen eingestellt. Sie hatten Funktionen bei der Bewachung von Ghettos, von Konzentrationslagern, sie waren beteiligt an der Erschießung von Kriegsgefangenen, von Jüdinnen und Juden, von Oppositionellen.

Eines der schlimmsten Massaker, das fast 30.000 Menschen das Leben gekostet hat, fand in der Nähe von Riga statt. Heute gibt es dort eine Gedenkstätte, die jedoch in der Öffentlichkeit, gerade auch in Lettland, noch zu wenig angenommen wird.

Als die deutsche Wehrmacht zunehmend in Schwierigkeiten geriet, wurden damals SS-Einheiten aus lettischen Freiwilligen, zum Teil auch aus Zwangsrekrutierten, aufgestellt. Die letztlich zwei großen Divisionen nahmen teil am Vernichtungskrieg der Wehrmacht in der Sowjetunion, in Weißrussland vor allem, wo sehr viele Opfer zu beklagen waren, und auch in der Ukraine. Dieser 16. März 1944, der Tag, an dem diese zwei Divisionen zusammengenommen gekämpft hatten, wird seitdem ›Tag der Legionäre‹ genannt und wird in Lettland seit längerem begangen als eine Erinnerung an diese Tradition der SS.

Es gibt noch einen weiteren Sachverhalt, der uns empört: Die Tatsache, dass ehemalige lettische SS-Angehörige bis heute Renten beziehen, in denen ihre Zeit bei der SS ihnen als normale Arbeitszeiten angerechnet wird. Das führte dazu, dass auch heute noch Zahlungen von der Bundesrepublik an ehemalige SS-Mitglieder gehen, ohne dass jemals überprüft worden ist, inwieweit sie an Verbrechen beteiligt waren.

Wenn man sich demgegenüber vor Augen führt, dass sehr viele Opfer des Holocausts, Überlebende und Angehörige der Ermordeten, bis heute um Rentenzahlungen kämpfen müssen, vor allem diejenigen, die in den Ghettos als Zwangsarbeiter arbeiten mussten – wenn man sich das vor Augen führt, dann ist das ein mehr als beschämendes Bild, das die Bundesrepublik bis heute hier abgibt.«

Fotos: Gerhard Hallermayer

Nürnberger 70-Jahre-VVN-Matinee

Feiern und dabei was lernen

Für den 19. März hatte die VVN-BdA Nürnberg zu einer Sonntags-Matinee in die Villa Leon geladen und viele, Ältere und Jüngere, waren der Einladung gefolgt. »70 Jahre VVN Nürnberg – Wir feiern!« stand groß auf Flugblatt und Plakat und machte neugierig.

Präzisierend stand dort auch zu lesen: »›Über alle Schichten, Konfessionen und Rassen und Parteien hinweg schließen sich die Kämpfer gegen den Nazismus und die vom Nazi-Regime Verfolgten zu einer überparteilichen Organisation zur Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) zusammen‹, hieß es im ersten bundesweiten Aufruf Ende 1946. In unserer Stadt gehörten zu den Gründern Verfolgte und ehemalige KZ-Häftlinge wie z. B. Josef Fleischberger, Ludwig Göhring, Gretl Jakob, Andreas Paul, Robert Reusch, Nikolaus Riedmüller, Alfred Sauer, Hermann Schirmer, Kuni Schumann, Anni Singer oder auch Dr. Josef E. Drexel, der erste Lizenzträger der ›Nürnberger Nachrichten‹.«

Im Rahmen der Matinee gab es zu dieser Gründungsphase und den ihr folgenden Jahrzehnten eine Reihe unterschiedlichster informativer, musikalischer und sonstiger kultureller Highlights, zu denen die VVN-BdA Nürnberg jetzt mitteilt: »Wir haben unsere Feierstunde am 19. März 2017 aufgezeichnet: VVN-Geburtstag-Youtube.«

Zu betrachten sind vollständig oder in Auszügen in Bild und Ton: Begrüßung durch Christl Sambale; Informationen zur Geschichte der VVN (Christl Sambale), Gespräch mit dem Zeitzeugen Ernst Grube (Georg Neubauer), »Zeitungsschnipsel« von 1946/1947 (zusammengestellt und kommentiert von Georg Neubauer und Ulli Schneeweiß); ein Beitrag der Jugend (Fabian) und Kulturelles, virtuos präsentiert von Ute Rüppel und Christoph Nützel.

Erfolgreicher Kampagnenauftakt gegen rechte Treffpunkte in Weißensee

Kein Raum der AfD!



Antifaschistische Demo durch Weißensee. Foto: Oskar Schwartz

Für dass Jahr 2017 ruft das Berliner Bündnis »Nationalismus ist keine Alternative!« (NIKA), in dem sich antifaschistische Gruppen aus dem gesamten Berliner Raum versammeln, zu einer Kampagne gegen Treffpunkte der AfD auf. Den Auftakt bildete eine Demonstration mit über 600 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, die unter dem Kampagnenmotto »Kein Raum der AfD« am 1. April in Weißensee auf die Straße gingen.

Lokal-Vorgeschichte

Im Hauptfokus der Demo am 1. April lag die Weißenseer Gaststätte »Zum Nudelholz« (Falkenberger Straße 37a). Hier fanden über das Jahr 2016 mehrere Veranstaltungen der lokalen AfD statt – so z. B. deren Bezirksparteitag am 30. Juli 2016 und eine wahlkampfinterne Veranstaltung mit dem Berliner Landeschef und Spitzenkandidaten Georg Pazderski am 16. August 2016. Beim bereits erwähnten Parteitag war Beatrix von Storch als »Stargast« anwesend. Der Betreiber des »Nudelholzes«, Steffen Ulm, trat bereits 2010/2011 als Initiator der »Interessengemeinschaft Falkenberger Straße« (»IG Falkenberger Straße«) in Erscheinung. Ziel der Interessengemeinschaft war es, die Unterbringung mehrerer migrantischer Familien in der Nähe der Gaststätte zu verhindern. Die Firma PRISOD, die in Berlin mehrere Geflüchtetenwohnheime betreibt, hatte auf Grund von Überbelegung der Unterkunft in der Degener Straße in Hohenschönhausen 24 Wohnungen in den Aufgängen der Wohnblocks in der Falkenberger Straße angemietet. Der Protest verlief im Nichts, und die neuen Nachbarn und Nachbarinnen gehören inzwischen zum Viertel, die Kinder besuchen Schulen und Kindergärten in der Umgebung, und sowohl der befürchtete Kriminalitätsanstieg als auch der Bevölkerungsaustausch fanden nicht statt. Ulms Behauptung Ende März 2017 in einem »offenen Brief«, dass er der »IG Falkenberger Straße« seine Räume nur für eine Podiumsveranstaltung zur Verfügung gestellt hätte, konnte durch eine Rechercheveröffentlichung widerlegt werden. Ulm unterzeichnete selbst den überwiegenden Teil des Schriftverkehrs der IG, und die Adresse der Gaststätte diente als Anschrift der IG.

Dass die AfD Pankow bei der Wahl ihrer Treffpunkte auf Lokale setzt, deren Betreiber politisch zu sympathieren scheinen, zeigt sich auch an ihrer zweiten Location, dem »Heinersdorfer Krug« in der Romain-Rolland-Str. 66/68. Während »Zum Nudelholz« vor allem als repräsentativere Veranstaltungslokalität dient, wird der »Heinersdorfer Krug« für Verbandstreffen genutzt. Mitte der 2000er Jahre diente das Lokal der »Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger e. V.« (IPAHB) als Treffpunkt. Die IPHAB war organisatorisches Rückgrat der Proteste gegen den Bau der Khadija-Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Heinersdorf. Die 2010 aus den Protesten hervorgegangene Partei »Die Freiheit« hielt im »Krug« ebenfalls ihre Verbandstreffen ab. Eine politische Kontinuität zur heutigen Nutzung des Lokals durch die AfD lässt sich somit klar nachzeichnen. Hierbei ist auch durchaus erwähnenswert, dass der »Heinersdorfer Krug« selten geöffnet hat. Alle zwei Wochen schließen die Betreiber ihren Laden exklusiv für die AfD auf. An diesen Abenden ist geschlossene Veranstaltung. Von einem finanziellen Druck, Geld einspielen zu müssen, mit dem Wirte AfD-Vermietungen meist begründen, gehen wir darum nicht aus – sonst hätte ja die Kneipe regelmäßig geöffnet.


Mahnwache vor dem Heinersdorfer Krug. Foto: Florian Boillot

Gelungener Auftakt

Um dem rechten Hinterzimmertreiben endlich politisch zu begegnen, mobilisierten antifaschistische Gruppen für den 1. April zu einer Demonstration nach Weißensee, die neben dem »Nudelholz« auch klassische Naziläden im Kiez thematisierte. Für das Straßen-Nazispektrum stellten sowohl die massive Plakatwerbung als auch die Demo selbst eine enorme Provokation im Viertel dar. So wurden Nazi-Sticker an Teilen der Demo-Route sowie am alternativen Kulturprojekt »KuBiz«/»Bunte Kuh« verklebt. Rund um den Auftaktort der Demo am Antonplatz scharten sich mehrere Grüppchen von AfDlern. Zu Beginn fuhren einige von ihnen mit einem Transporter an die Demo und ließen AfD-Luftballons aus dem Heck steigen – eine peinliche und wirkungslose Darbietung, die für die Berliner AfDler zugleich recht ungewöhnlich ist. Dass die AfD derart auf die Demo ansprang, kann als Reaktion auf den Druck gewertet werden, den die Pankower AfD seit letztem Jahr erfährt. Die Bestätigung eines AfD-Stadtrates in der BVV wurde von Oktober 2016 bis zum März 2017 durch ausreichend Gegenstimmen von BVV-Mitgliedern verhindert. Die BVV-Sitzungen wurden häufig von Antifa-Seite kritisch begleitet. Zudem mussten AfD-Mitglieder in Pankow durch die Veröffentlichung ihrer Tätigkeiten in Ehrenämtern und Berufen einige Federn lassen.

Als am 9. März zum Abschluss eines von der VVN-BdA durchgeführten Gedenkrundgangs durch Pankow 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen den Zugang zum AfD-Treffen im »Heinersdorfer Krug« blockierten, zeigte sich die AfD getroffen. Eine Woche vor der Demo verkündete der »Nudelholz«-Betreiber, seine Räumlichkeiten keiner politischen Gruppierung mehr zur Verfügung zu stellen, womit unserer Forderung nachgekommen wurde.

Mit mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde die Demo zu einem gelungenen Kampagnenauftakt und war für die Randbezirke überdurchschnittlich gut besucht. Dies wäre ohne die aktive Straßenpropaganda, gruppenübergreifende (Online-)Werbung, vor allem aber die Unterstützung linker Berliner Gruppen nicht möglich gewesen. Nun gilt es weiterzumachen. Denn Berlin braucht eine Antifa-Kampagne, die wieder Kräfte bündelt, Ziele fokussiert und tatsächlich den Namen »Kampagne« verdient. Für das Berliner NIKA-Bündnis heißt es darum 2017: »Kein Raum der AfD!«, und zwar in allen Berliner Bezirken.

North East Antifa (NEA)

Berliner VVN-BdA und KFSR e.V. laden ein:

11. Mai, 19 Uhr, Buchlesung mit Marina Caba Rall. Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Im Debütroman „Esperanza“ der Filmemacherin Marina Caba Rall wird die Protagonistin des Romans, die einst als Gastarbeiterin nach Westberlin kam, und ihre deutsch-spanische Familie 30 Jahre später mit der Franco-Zeit konfrontiert.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin
Tel.: (030) 55 57 90 83-0 Fax: (030) 55 57 90 83-8,
Internet: berlin.vvn-bda.de
E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05
BIC: PBNKDEFF

Fest zum 72. Jahrestag des Sieges über den deutschen Faschismus 9. Mai – 9 мая

День Победы – Wer nicht feiert, hat verloren!

Auch in diesem Jahr wollen wir uns am Tag des Sieges über den deutschen Faschismus bei allen antifaschistischen Kämpfern und Kämpferinnen bedanken, die einen Beitrag zur Zerschlagung Nazideutschlands geleistet haben. In Erinnerung und Gedenken an sie wollen wir am 9. Mai mit vielen Gästen im Treptower Park, unweit des Sowjetischen Ehrenmals, feiern.

Auch im neunten Jahr organisieren wir deshalb ehrenamtlich unser nicht-kommerzielles Fest zum Tag des Sieges und feiern, essen und trinken zusammen mit den Veteraninnen und Veteranen, zahlreichen Gästen, Musikern und Musikerinnen sowie Freundinnen und Freunden.

Ganz besonders wollen wir in diesem Jahr auch an die ermordeten Rom*nja erinnern. Die deutschen Faschisten erklärten Sinti und Roma 1935 zu »Volks- und Reichsfeinden«. 500.000 von ihnen, fast 90% der europäischen Rom*nja und Sinti*ze, wurden daraufhin von den Nazis und ihren Kollaborateuren und Kollaborateurinnen ermordet.

Aber auch an den Widerstand der Rom*nja möchten wir erinnern. Sie kämpften z. B. in der Roten Armee als Krankenschwestern, Meldegänger und -gängerinnen, Piloten und Pilotinnen, Soldaten und Soldatinnen. Josef Serynek, besser bekannt als »der schwarze Partisan«, organisierte 1943 eine eigene Gruppe von Widerstandskämpfern – genannt »Tschapajew«. Wir sagen Danke!

Heute sind die Nachfahren der Ermordeten in Osteuropa und Ex-Jugoslawien wieder Entrechtung und Repression bis hin zu Pogromen ausgesetzt. Der neue aggressive völkische Nationalismus macht sie in ganz Europa zu Unerwünschten, zu den absolut »Anderen«, für die nirgends mehr Platz sein soll. Flüchten sie nach Deutschland, wird



ihnen hier jegliche Bleibeperspektive und Schutz verweigert. Aber gerade Deutschland steht gegenüber den Nachkommen der Opfer des Porajmos, dem Völkermord an den europäischen Rom*nja, in einer besonderen Pflicht.

Wir fordern ein bedingungsloses Bleiberecht!

Ab 15 Uhr, am südlichen Eingang zum Sowjetischen Ehrenmal, Am Treptower Park 34-35

Programm

- *Internationaler Chor Impuls aus Gropiusstadt*
- *Trio Scho? (Russian Swing)*
- *Gipsy Mafia (Hip Hop/Serbien))*
- *Bolschewistische Kurkapelle Schwarz Rot (Blascore Crossover)*
- *Zeitzeugen und -zeuginnen (darunter Rita Prigmore, Sintezza, geb. 1943)*

Infostände, Antifa Café, Führungen zum Ehrenmal, Bücher-und Infostände, Kinderspiele, russisches Essen

Basisorganisation (BO) 8. Mai der Berliner VVN-BdA // Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) // Autonome Antifa Berlin (A2B) // Interventionistische Linke Berlin // Stadtteilladen Zielona Gora e. V.
http://neuntermai.vvn-bda.de/

Wie jedes Jahr gibt es eine deutsch-russische Broschüre anlässlich unseres Festes. Erhältlich auch im Büro der Berliner VVN-BdA

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

…immer am 3. Montag im Monat, immer im Café Sibylle, immer ab 18.30 Uhr

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

Montag, 15. Mai 2017, 18.30 Uhr, Marlene Dietrich zum 25. Todestag am 6. Mai

Ich bin nicht nur von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt - dem will die Arbeitsgruppe Jour Fixe nachgehen, mit einer Reihe von Liedern und Texten aus Marlene Dietrichs Autobiografie. »Ich bin Gott sei Dank Berlinerin«. Am 27. Dezember 1901 wurde sie geboren in Berlin-Schöneberg in einem wohlhabenden Elternhaus mit Klavierunterricht, Geige und Gouvernante. Ihr eigentlicher »Entdecker« war 1930 Josef von Sternberg mit seinem Blauen Engel, in dem sie die Lola spielte. Sternberg hat mich geschaffen, wird sie nach sieben Filmen in Amerika sagen. Und sie wird 1936 ihre Ablehnung, in Nazideutschland zu drehen, begründen mit Goebbels Ablehnung, Josef von Sternberg die Arbeit in Deutschland zu gestatten, weil er Jude ist. In Amerika drehte sie weiter mit den größten Regisseuren. Nachdem sich ihr Geliebter Jean Gabin freiwillig zu den französischen Befreiungsstreitkräften gemeldet hatte, entschloss sie sich, als Sängerin für die GIs möglichst nahe der Front aufzutreten. Ihr politisches und soziales Engagement gegen das NS-Regime fand international deutlich früher eine Würdigung als in Deutschland. Schon 1947 erhielt sie die Medal of Freedom, den höchsten Orden der USA für Zivilisten. 1950 folgte die Verleihung des »Ritters der Ehrenlegion« durch die französische Regierung. In Deutschland ist sie in den Tagen nach ihrem Tod immer noch bei manchen als »Vaterlandsverräterin« umstritten.

Montag, 19. Juni 2017, 18.30 Uhr, Anja Schindler: »… verhaftet und erschossen«

Lesung und Gespräch mit der Autorin. »Am 31. Mai ist der offizielle Gedenktag der Republik Kasachstan für die Opfer politischer Repressionen. Aus diesem Anlass wurde unsere Ausstellung eröffnet, die dem Schicksal deutscher antifaschistischer Emigranten gewidmet ist, die in der Sowjetunion Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Als eine Autorin begleitete ich die Wanderausstellung… Nach über 50 Jahren kam ich zurück in die Stadt, in der ich 1949 geboren wurde, die meine erste Heimat war und von der ich mich längst verabschiedet hatte… Karaganda, einst ungewollte, ungeliebte Heimat hunderter Häftlinge und Verbannter, war für mich keinesfalls verbunden mit Arbeitslager, Hunger und Entbehrungen. Einst war diese Stadt ausschließlich der Platz meiner schönen Kindheit. Heute ist mir bewusst, dass dieser Ort für meine Eltern eine ganz andere Bedeutung hatte: Terror gegen deutsche Antifaschisten, die vor Hitler flohen und in der Sowjetunion verfolgt, deportiert und ermordet wurden. Die Teilnahme an der zentralen Gedenkfeier für die Opfer der politischen Repressionen, der Besuch in Dolinka, das ich aus Erzählungen meines Vaters kannte und das bis zur Auflösung des Lagersystems in Kasachstan die zentrale Lagerverwaltung beherbergte, sowie der Besuch des Kinderfriedhofes des ehemaligen Frauenlagers waren nicht angetan, vermeintlich schönen Kindheitserinnerungen nachzuhängen.«



Späte Erinnerung an einen Unliebsamen

Ein Stolperstein für Hans Sukowski

Am 27. März 2017 wurde in der Sartoriustraße 31 ein weiterer Stolperstein verlegt. Anwesend waren unter anderem der Vorsitzende der Gedenkstätte Ernst Thälmann, Hein Pfohlmann, und Mitglieder der VVN-BdA, deren Mitglied Elisabeth Sukowski ist. Sie forscht seit Jahrzehnten zu den Verbrechen der Faschisten an ihrer Familie. Auch manche Anwohner der Gegend hörten interessiert zu.

Es ging um ein Opfer der Faschisten. Nein, eigentlich um zwei, Mutter Johanna und Sohn Hans Sukowski, geboren am 5. Juli 1912 in der Marktstraße 107. Der Vater Max Schaller fällt im Ersten Weltkrieg. Die Mutter Johanna Sukowski ist Arbeiterin. 1928 heiratet sie Ernst Töpfer. 1929 zieht die Familie in die Sartoriusstraße 31, nach Hamburg Eimsbüttel. Die Familie hungert, Johanna Töpfer stiehlt, sie wird 1933 verhaftet, ihr Leidensweg: Gefängnis Lübeck Lauerhof, später die KZs Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück. Johanna war schon im KZ Moringen, da reichte ihr Mann Ernst die Scheidung ein. Damit verlor Johanna jeden Halt. Am 28. März 1942 wurde Johanna Sukowski in Bernburg vergast.

31. Juli 1940: Das Amtsgericht Hamburg erlässt einen Haftbefehl gegen Hans Sukowski. Er wird ins Hamburger Untersuchungsgefängnis Holstenglacis eingeliefert. Bald darauf bezichtigt ihn ein Mitgefangener bei der Gestapo, dass er homosexuell sei.

10. September 1940: Hans wird ins Stadthaus gebracht. Ob er gefoltert wurde, ist nicht klar. Die Kriminalpolizei erstellt einen Fragebogen für Homosexuelle über ihn, es werden Fotos von Hans gemacht, er gibt jetzt zu, homosexuell zu sein. Die Unfruchtbarmachung muss deshalb nach Paragraph 1 des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erfolgen, um die »schweren Gefahren zu verhüten, die ihm selbst, und seinen Angehörigen und der Volksgemeinschaft durch erbkranken Nachwuchs droht«. Gezeichnet: Dr. Deutsch, Dr. Quest, Dr. Kreyenberg.

9. November 1943: Nachdem Hans 1940 ins Zuchthaus Bremen-Oslebshausen kam, wird er 1943 ins Konzentrationslager Neuengamme deportiert. Dort verliert sich seine Spur. Wie lange er überlebte, ist nicht bekannt.

Schätzungen zufolge mussten während des »Dritten Reichs« gut 10.000 »Schwule« ins KZ und zwischen 50.000 und 100.000 ins Gefängnis. Tausende überlebten den Terror der Nazis nicht. Nachweisbar sind in Neuengamme mindestens 33 homosexuelle Männer ums Leben gekommen.

18. Januar 1976 – der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof in Berlin hebt das Urteil gegen Hans Sukowski auf, es wird aus dem Strafregister gelöscht. 1994 wird – nach mehr als 120 Jahren – der Paragraph 175 aus dem deutschen Strafgesetzbuch endgültig gestrichen. Jetzt, 2017, ist geplant, dass jedes in der Bundesrepublik verurteilte Opfer je angefangenes Jahr Gefängnis 1.500 Euro erhält.

Dieselben Menschen, die von Wiedergutmachung reden, verlangen heute Auffanglager in Afrika. Ein unpassender Vergleich?

L. Suko

Hamburger VVN-BdA Termine

Monat des Gedenkens Eimsbüttel

Mi, 3. Mai, 17-19 Uhr
Gedenkveranstaltung 72. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager
Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Haupteingang, Jean-Dolidier-Weg 75, Hamburg

Sa, 6. Mai, 15 Uhr
Stadtteilrundgang »Vorwärts und nicht vergessen!« zu Stätten von Widerstand und Verfolgung in Eimsbüttel Nord. Kinder und Enkel erzählen über Verfolgung und Widerstand ihrer Eltern und Großeltern. Dazu Texte, gelesen von der Song-Gruppe-Hamburg.
Veranstalterinnen: VVN-BdA Eimsbüttel, Die Linke Eimsbüttel Nord und Gedenkstätte Ernst Thälmann e. V.
Treffpunkt: U-Bahn Lutterothstr. (Ausgang Lutterothstr., oben)

So, 7. Mai, 11 Uhr
Gedenken für die Opfer von Faschismus und Krieg. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!
Musik: Chor Hamburger GewerkschafterInnen
Ort: Friedhof Ohlsdorf, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg, gegenüber »Forum Ohlsdorf«
Im Anschluss ab ca. 12 Uhr. Gedenken auf dem Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer

Mi, 10. Mai, 10.30 Uhr
Eröffnung des Gedenkorts denk.mal Hannoverscher Bahnhof
Ort: Lohseplatz, Hamburg
Weitere Information und Anmeldungen siehe http://hannoverscher-bahnhof.hamburg.de

Mi, 10. Mai, 11-18 Uhr
Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher... Verboten – verbrannt – vergessen?
Hamburg liest gegen das Vergessen
Veranstalterin: Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!«
Ort: Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße, Wiese Ecke Heymannstraße am Isebekkanal

Fr, 12. Mai, 20 Uhr
Konzert: David Rovics
Ort: KLUB im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 62, Hamburg

Sa, 13. Mai, 13-15 Uhr
Stadtspaziergang »Rund ums Deserteursdenkmal«
Veranstalterin: Bündnis Hamburger Deserteur-Denkmal
Treffpunkt: vor Messehallen Süd-Eingang (U-Messehallen)

19. bis 21. Mai - 7. Antifaschistische Hafentage Hamburg »Wolf Hoffmann«

Fr, 19. Mai, 19 Uhr
Buchvorstellung »Frauen und der Spanische Krieg 1936-1939«
Ort: Gewerkschaftshaus, KLUB am Besenbinderhof

Sa, 20. Mai, 11 Uhr
Marsch »Guernica und die Kriege von heute«, danach Kulturveranstaltung am Heinedenkmal, Rathausmarkt
Treff: 10.30 Uhr am Deserteursdenkmal, Stephansplatz/Dammtor, Hamburg

Sa, 20. Mai, 16.30 Uhr
»Viva la Alemania antifascista!«
Berichte und Vorträge. Musik zum Abschluss: »Lampedusa Moongroove«
Ort: Stadtteilkulturzentrum »Kölibri«, Hein-Köllisch-Platz 12, Hamburg

So, 21. Mai, 11 Uhr
»Niemals vergessen!« – Gedenkstättenbesuche
Mehr zu den Hafentagen unter http://www.niqolas.de/bredel/2017hafentage.pdf

So, 28. Mai, 17 Uhr
»Das zweite Trauma – das ungesühnte Massaker von San't Anna di Stazzema«, Dokumentarfilm von Jürgen Weber, D 2016
Gesprächsgäste: Gabriele Heinecke (Ehrenbürgerin von San't Anna di Stazzema) und Filmautor Jürgen Weber
Eine Kooperationsveranstaltung der VVN-BdA mit Mai più fascismo
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

So, 25. Juni, 17 Uhr
»Klaus Barbie: Der Feind meines Feindes«, Dokumentarfilm von Kevin McDonald, GB/F 2007
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Entschlossenes Auftreten zwingt AfD zu Rückzug aus Hamburg-Haus in Eimsbüttel

Großartiger Erfolg der Aufständigen

Die Stiftung Gisela und Dr. Fred Anton hat als mutmaßliche Tarnorganisation der AfD (Hamburger Morgenpost, 6. Februar 2017) beim Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel monatlich einen Raum im Hamburg-Haus in Eimsbüttel angemietet. Jeden Monat wollten sie über Wohnraum, Medien, Demokratie, innere Sicherheit, Einwanderungsgesetze und Asyl referieren und luden ausschließlich AfD-Politiker als Referenten ein.



Bei der ersten Protestveranstaltung im Januar waren wir nur wenige Teilnehmer. Das hatte den Grund, weil wir Eimsbüttelerinnen und Eimsbütteler von der Veranstaltungsreihe überrascht wurden und keine Gelegenheit hatten, Antirassisten, Antifaschisten, Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Trotzdem blieben wir nicht untätig. Eine Bürgerschaftsabgeordnete der Partei Die Linke stellte in der Zwischenzeit eine Kleine Anfrage an die Hamburgische Bürgerschaft und bat um Aufklärung, ob dem Senat die gemeinnützige Stiftung Gisela und Dr. Fred Anton bekannt sei. Des Weiteren wurde gefragt, ob dem Bezirksamt Eimsbüttel diese Stiftung bekannt sei. Das Bezirksamt Eimsbüttel zeigte sich als Vermieter überrascht. Dort wusste nämlich niemand, dass es bei der Veranstaltungsreihe ausschließlich um AfD-Politik geht. Die Rechtspopulisten hatten zuletzt Probleme, Räume im Bürgerhaus Wilhelmsburg anzumieten. Deshalb übernimmt nun offenbar die Stiftung diese Aufgabe. Der Sprecher der AfD Robert Offermann bestreitet, dass Herr Dr. Anton AfD-Mitglied sei. Die Stiftung behauptet, keine AfD-nahe Stiftung zu sein.

Die Internetseite »Abgeordnetenwatch.de« sagt da allerdings etwas anderes. Demnach hat Dr. Anton, Jahrgang 1948, bereits für die AfD kandidiert, und zwar im Wahlkreis Eppendorf-Winterhude und letztlich 0,3 % erhalten.

Am Dienstag, den 7. Februar 2017, um 18.30 Uhr, sollte Jörn Kruse von der AfD zum Thema öffentlich-rechtliche Medien im Hamburg-Haus referieren.

Erfolgreicher Protest

Das Hamburg-Haus am Doormannsweg ist ein Ort der Begegnung. Hier gibt es Krabbel-Gruppen, Schach-Gruppen, Senioren-Treffen, Theater-Gruppen, ebenso treffen sich hier das Auschwitz-Komitee und der Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

In diesem Haus ist kein Platz für ausgrenzende und rassistische Politik. Darum mobilisierte das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus Hamburg«, um zu zeigen, dass die AfD keine normale Partei, sondern ein rassistischer, nationalistischer und frauenverachtender Akteur ist. Das Bündnis »Aufstehen gegen Rassismus« rief – unterstützt durch das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« und die VVN-BdA Eimsbüttel – zu einer gemeinsamen Kundgebung auf, an der sich zahlreich Mitglieder des Auschwitz-Komitees Hamburg, der Linken Eimsbüttel, des Chors Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, der IG-Metall-Jugend, der Arbeitskreis AntiRassismus in ver.di Hamburg sowie viele Anwohnerinnen und Anwohner, Bürgerinnen und Bürger beteiligten. Dem Aufruf sind etwa 500 Menschen lautstark und solidarisch, kunterbunt und entschlossen gefolgt! Viele Rednerinnen und Redner brachten zum Ausdruck, dass in Hamburg-Eimsbüttel kein Platz für rechte Hetze und reaktionäres Gedankengut ist und dass sie den Wolf im demokratischen Schafspelz längst erkannt haben! Es gab Grußworte und Redebeiträge, und um 18.00 Uhr fluteten wir demokratisch die Veranstaltung.

Noch vor Beginn sagte die Veranstalterin den Vortragsabend kurzfristig ab und Jörn Kruse ging nach Hause. Als Folge unseres Protestes hat die AfD ebenfalls sämtliche weitere geplante Veranstaltungen in unserem Hamburg-Haus in Eimsbüttel zurückgezogen.



Stammtischkämpfer*innen-Ausbildung in Hamburg:

Folgende Termine stehen zur Wahl:
Sonntag, 14. Mai, 10 Uhr
Sonntag, 25. Juni, 10 Uhr
Dauer: 6 1/2 Stunden
Anmeldung erforderlich unter:
aufstehen-hamburg-agr@gmx.de

Aktiventreffen: Sei laut und misch dich ein!
Um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen, sind wir auf die Aktivität von vielen angewiesen. Nur wer sich einbringt und engagiert, kann auch etwas bewirken.
Komm vorbei und beteilige Dich! Komm zu unseren Aktiventreffen

jeden 2. Donnerstag und 4. Dienstag eines Monats um 19.00 Uhr.
Ort: Dock Europe, Bodenstedtstr. 16
(Hinterhof Eingang West), Hamburg

Was in Eimsbüttel geht …

Die AfD versucht, sich der Öffentlichkeit weiterhin als demokratisch zu verkaufen. Während auf Bundesebene unter anderem Björn Höcke den Anstoß zur Relativierung des Holocausts gibt, zeigt auch der Umgang der Hamburger AfD mit ihrem ehemaligen Fraktionsmitglied Ludwig Flocken, dem früheren Funktionär der Schill-Partei Dirk Nockemann oder dem Burschenschafter Dr. Alexander Wolf, dass die Hamburger AfD längst zu einer attraktiven Heimat des rechten und extrem rechten Spektrums geworden ist.

Die Kampagne »Aufstehen gegen Rassismus« hat das Ziel, der AfD die längst überfällige politische Niederlage beizubringen. Dazu betreibt die Kampagne antirassistische Bildungsarbeit, veranstaltet Kundgebungen und ermutigt die Zivilgesellschaft, gegen menschenverachtendes Denken und Handeln aktiv zu werden. Den ersten Online-Aufruf hatten im Frühjahr 2016 über 10.000 Menschen unterzeichnet. Seitdem haben sich viele Aktive in verschiedenen Städten und Regionen zusammengefunden, um lokal gegen die AfD und den gesellschaftlichen Rechtsruck vorzugehen.

Auch in Hamburg hat sich eine Regionalgruppe konstituiert und wird den bevorstehenden AfD-Wahlkampf in der Hansestadt Hamburg und bundesweit offensiv und lautstark begleiten.

Wir Eimsbüttlerinnen und Eimsbüttler bedanken uns bei allen, die uns unterstützt und mit uns gemeinsam die AfD-Veranstaltung in unseren Räumen in Eimsbüttel verhindert haben! Das ist ein großartiger Erfolg!

Was in Eimsbüttel geht – geht bei Euch auch! ***Andrea Hackbarth***

V.i.s.d.P. dieser Seite: Landesgeschäftsstelle VVN-BdA, Landesvereinigung Hamburg, Telefon: 040 / 31 42 54, E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für die Hamburger VVN-BdA! Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, HASPA, IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183, BIC: HASPDEHHXXX

Gedenkzeichen Güterbahnhof in Darmstadt wieder an alter Stelle

Kein Zurückweichen

Vor 15 Jahren, im März 2002, gründete sich in Darmstadt die Initiative »Gedenkort Güterbahnhof«. Ihr Ziel war es, auf dem Gelände der Deutschen Bahn einen Gedenkort zu schaffen, der an die Transporte der über 3.000 jüdischen Männer, Frauen und Kinder und hunderter Sinti- und Roma-Familien aus Darmstadt und des ehemaligen »Volksstaates Hessen« in die im Osten eingerichteten Vernichtungslager erinnert.



Das »von Unbekannten« wiederholt zerstörte Gedenkzeichen Güterbahnhof Darmstadt zur Erinnerung an die von dort deportierten jüdischen, Sinti- und Roma-Familien. Foto: Monika Kanzler-Sackreuther

Träger der Initiative sind der Arbeitskreis ehemalige Synagoge Pfungstadt e. V., die Darmstädter Geschichtswerkstatt, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Darmstadt, die GEW Stadtverband Darmstadt, die VVN-BdA Südhessen und einzelne Persönlichkeiten.

Es entstand das »Denkzeichen Güterbahnhof«, das im November 2004 eingeweiht wurde. Die künstlerische Gestaltung hatten die Installationskünstler Rituala Fränkel und Nicholas Mörris übernommen. Ein Glaswürfel steht auf einem Schienenstrang, der an einem Prellbock endet. In dem Würfel befinden sich Glasscherben, auf denen 350 Namen stellvertretend für alle dort Deportierten eingraviert sind. Die Immobiliengesellschaft der Deutschen Bahn AG Frankfurt und die Stadt Darmstadt unterstützten das Projekt.

In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 2006 zertrümmerten, wie sich die Polizei ausdrückte, »frustrierte Jugendliche« das Panzerglas des Kubus. Ein rechtsradikaler Hintergrund lag nach Meinung der Polizei nicht vor.

Mit Absicht blieb der Würfel jahrelang in zerstörtem Zustand stehen. Nach einem Wassereintritt erfolgte 2013 jedoch eine Sanierung. Dafür wurden 41.000 Euro Spenden zusammengetragen.

Im Mai 2013 wurde das Denkzeichen erneut beschädigt. Die Täter sind wieder unbekannt. Straßenbaumaßnahmen machten es dann notwendig, den Kubus auszulagern.

Am 23. Februar 2017 kam er zurück. Nach Oberbürgermeister Jochen Partsch soll es »ein bewusstes Signal an die Stadtgesellschaft« sein, »vor Intoleranz und Rassismus nicht zurückzuweichen«. So steht der Glaskubus nunmehr wieder an seinem angestammten Platz, »als Teil des kollektiven Gedächtnisses von Darmstadt. Er drückt das Bekenntnis aus, Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen«.

Zum Jahrestag des Beginns der Deportationen der Sinti-Familien fand am 5. März 2017 die erste Gedenkveranstaltung am alten Standort statt. Zur Erinnerung an die erste Deportation von Juden aus Darmstadt vor 75 Jahren fand dann am 24. März ein Gedenkgang von der Justus-Liebig-Schule, dem Sammelort, zum »Gedenkort Güterbahnhof« statt. Von Schülerinnen und Schülern wurde der Weg begangen, den die Juden damals gehen mussten. Unterwegs wurden die 164 Namen der ersten Darmstädter jüdischen Opfer vorgelesen und einzelne Biographien vorgestellt. Am Güterbahnhof hielt Oberbürgermeister Jochen Partsch seine Ansprache, und der Rabbiner der Jüdischen Gemeinde beendete den Gedenkgang mit dem Kaddisch.

Monika Kanzler-Sackreuther

Redaktion: P. C. Walther, Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt, BIC: PBNKDEFF
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02

Ausstellung und Vorträge im Darmstädter DGB-Gewerkschaftshaus

Die deutschen Verbrechen in Griechenland

Vom 12. bis 30. Juni 2017 zeigt die Griechenland Solidaritätsgruppe Darmstadt im DGB-Haus in der Rheinstraße die Ausstellung »Zeit des Schreckens«.

Die Ausstellung befasst sich mit den Verbrechen der deutschen Wehrmacht auf Kreta. Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Griechenland im April 1941 und der Eroberung des Festlands begann am 20. Mai 1941 die Invasion Kretas.

Für die Bevölkerung begann damit eine über vier Jahre andauernde Zeit des Schreckens. Wohl aus Rache für die unerwartet hohen Verluste der Invasoren bei der Landung und um die Bevölkerung zur Duldung der Besetzung, der wirtschaftlichen Ausplünderung sowie zur Arbeit für die Deutschen zu zwingen, errichtete die Wehrmacht ein grausames Okkupationsregime. Die Ausstellung mit historischen Fotos widmet sich den Gräueltaten und Zerstörungen durch die deutsche Wehrmacht. Sie zeigt die Täter, dokumentiert deren verbrecherischen Befehle und weist auf die dabei benutzte völkische Tradition hin, die heute noch in Deutschland gepflegt wird.

Das Gedenken an diese Verbrechen, so die Intention der Aussteller, soll veranlassen, sich einzumischen für die Rechte der Opfer – und gegen heutzutage wieder stattfindende und geplante Kriege.

Im Begleitprogramm zur Ausstellung wird am 20. Juni um 19.00 Uhr der Dokumentarfilm des Schweizer Regisseurs Stefan Haupt »Ein Lied für Argyris« gezeigt. Er setzt sich mit dem Massaker der SS im Juni 1944 in dem griechischen Dorf Distomo auseinander.

Der damals vierjährige Argyris Sfountouris wird seiner Eltern und dreißig weiterer Familienangehöriger beraubt. Mit neun Jahren kommt er ins Schweizer Pestalozzidorf in Trogen, studierte später Mathematik und Astrophysik. Er kann sich mit dem traumatischen Erlebnis seiner Kindheit nicht abfinden und befasst sich Zeit seines Lebens mit dem Thema Krieg und Frieden. Er möchte die Öffentlichkeit aufrütteln, damit solche Verbrechen nie mehr passieren.

Am 30. Juni um 19.00 Uhr findet ein Vortrag mit Diskussion zum Thema »Verbrechen der Wehrmacht auf Kreta und die ungebrochene Traditionspflege der Gebirgsjägerkameradschaft« statt. Referenten sind Eberhard Rondholz und Stephan Stracke.

Die Ausstellung und die Veranstaltungen werden unterstützt vom DGB-Stadtverband, von ver.di Südhessen, DGB-Jugend, Arbeit und Leben Südhessen, VVN-BdA, dem Bündnis gegen rechts und dem Darmstädter Friedensbündnis.

Angriffe auf Antifaschisten auch in Hessen

Andreas Goerke wehrt sich

Gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlinge und deren Einrichtungen haben in der vergangenen Zeit dramatisch zugenommen, wie selbst Polizei und Innenministerien eingestehen. Es war nur eine Frage der Zeit, bis sich diese Gewaltspirale auch gegen diejenigen richtet, die sich für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, für antifaschistische Grundsätze engagieren.

Ein besonders schwerer Fall wurde im März 2017 von dem Betroffenen selbst gegenüber der Presse bekannt gemacht, nämlich die Angriffe auf den Fuldaer Gewerkschaftssekretär und das VVN-Mitglied Andreas Goerke.

Es sind nicht viele, die sich im Fuldaer Land öffentlich als Antifaschisten engagieren; dafür ist jedoch das Ergebnis der Arbeit der vergangenen Jahre beeindruckend. Andreas Goerke war vor Jahren bereits aktiv gegen einen Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten in Fulda. Als Mitbegründer des Vereins »Fulda stellt sich quer« organisierte er Aktionen und als Höhepunkt eine Konzert-Lesung mit Esther Bejarano, die mit etwa 1.000 Besuchern alle Erwartungen übertraf. Natürlich ist er gegen regionale Nazi-Strukturen und die AfD aktiv.

Und aus dieser Ecke kamen die ersten Angriffe – beginnend mit Beleidigungen und persönlichen Angriffen mit gefälschten Facebook-Profilen. Von da an steigerten sich Pöbeleien, Bedrohungen und Psychoterror gegen seine Person. Drei besonders heftige Aktionen seien hier genannt: Anfang Februar 2017 stand eine Feuerwehr-Einheit vor seinem Haus, da dort ein Großbrand gemeldet wurde. Noch während die Feuerwehr im Einsatz war, kamen verschiedene Pizza-Dienste, die angeblich bestellte Waren für mehrere Hundert Euro liefern wollten. Ende Februar umzingelten bewaffnete Polizisten sein Haus, da Andreas angeblich seine Frau umgebracht hatte. Als dann auch noch eine anonyme Morddrohung gegen seine Familie einging, ging Andreas Goerke mit diesen Vorgängen an die Öffentlichkeit.

Damit wollte er ein Zeichen setzen, dass man sich gegen solche Bedrohungen wehren muss und kann. Die Reaktionen in seinem persönlichen und politischen Umfeld waren ausgesprochen positiv. Selbst die Presse berichtete wohlwollend – und das, obwohl er sich als langjähriges Mitglied der DKP bekannte. Denn solche kriminellen Angriffe gegen politisch links eingestellte Menschen werden selbst im »schwarzen Fulda« nicht akzeptiert.

Wir wünschen ihm und seiner Familie viel Kraft und unterstützen ihn weiterhin mit unseren Möglichkeiten.

Bernd Kant

Diskriminierungen, Vertreibung und rabiate Praktiken gegen Roma

Grassierender Antiziganismus

Der Frankfurter Förderverein Roma protestierte in mehreren Erklärungen gegen die fortdauernde Diskriminierung und Verfolgung von Roma. In Frankfurt fanden im letzten Halbjahr zwei Brandanschläge auf Roma statt.

Im Dezember wurde die Schlafstätte obdachloser rumänischer Roma unter einer Brücke angezündet. Davor hatte es einen Brandanschlag auf ein von Roma aus Rumänien bewohntes Haus im Stadtteil Fechenheim gegeben. Im Februar ließen dann das Ordnungs- und das Sozialdezernat die Notunterkünfte von etwa 40 Personen auf einer Brache räumen. Die Betroffenen wurden gewissermaßen vertrieben.

Hinzu kommen die rigorosen Abschiebungen von Roma in die Balkanländer. Dabei werden auch Kranke abgeschoben. Aufsehen erregte der Fall des Rom Adnan G. Er wurde unter einem vorgetäuschten Vorwand aus der Psychiatrischen Klinik gelockt, um ihn abzuschieben. Obendrein wurde der behandelnde Arzt, der öffentlich dagegen protestierte, vom Landrat mit einer Klage überzogen, weil er mit seinem Protest »gegen die ärztliche Schweigepflicht verstoßen« habe.

In einer Erklärung des Fördervereins heißt es: »Diese Ereignisse sind angesichts eines grassierenden Antiziganismus zu betrachten. Hierbei spielt insbesondere die hetzerische Kampagne gegen die sogenannte ›Armutszuwanderung‹ eine zentrale Rolle. Medien, Politik und Öffentlichkeit bedienen durchweg antiziganistische Stereotype und legitimieren damit ordnungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen.«

Auch die Angriffe in anderen Städten müssten vor diesem Hintergrund gesehen werden. Vor allem dürfe der »Kontext hinsichtlich der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Roma und Sinti im Nationalsozialismus« nicht ausgeblendet werden.

Der Förderverein fordert »statt menschenverachtender Ordnungspolitik, Diskriminierung und Vertreibung die Sicherstellung des garantierten Schutzes und der Rechte der Roma als Minderheit und als EU-Bürgerinnen und -Bürger«.

Geht nicht um Meinung

Die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass die NPD als verfassungswidrig einzustufen ist (sie aber nicht zu verbieten, weil sie »erfolglos« sei), veranlasste die Mehrheit des Stadtparlaments von Büdingen (mit 10,2 % eine sogenannte NPD-Hochburg) zu beschließen, dass die NPD-Fraktion keine Zuschüsse aus der öffentlichen Kasse mehr bekommt. Dagegen erhob die NPD Klage beim hessischen Verwaltungsgerichtshof. Der gab der NPD-Fraktion Recht. Der Gleichheitsgrundsatz gelte für alle; niemand dürfe wegen seiner »politischen Anschauungen« benachteiligt werden. Hier wird so getan, als seien Menschen-und Demokratiefeindlichkeit, aggressiver Nationalismus und schließlich Wesensverwandtschaft mit dem Hitlerfaschismus, wie sie die NPD betreffend vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurden, eine bloße »politische Anschauung«, die wir zu dulden haben. Ergo freie Bahn für NPD-Hetze?

Was die Büdinger betrifft: Bei allem guten Willen, auf diese Art ist die NPD nicht zu bekämpfen. Der hessische Verwaltungsgerichtshof hat zwar Revision beim Bundesverwaltungsgericht zugelassen, doch dessen Urteil wird kaum anders lauten.

Die NPD muss – ebenso wie alle anderen neonazistischen und rechtspopulistischen Kräfte – politisch bekämpft werden. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass die NPD und andere Neonazis nicht mehr gewählt werden.

Außerdem bleibt die Forderung nach einem Verbot aller neofaschistischen Parteien und Organisationen bestehen. Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

P.C. Walther

Nachruf auf einen großen Journalisten und konsequenten Antifaschisten

Hans-Jürgen Hermel

Über 150 Freunde und Mitstreiter waren am 19. März im Veranstaltungszentrum Pavillon in Hannover zusammengekommen, um Hans-Jürgen Hermels zu gedenken, der am 14. Februar 2017 überraschend verstorben war.

Als ausgebildeter Radio- und Fernsehjournalist arbeitete er viele Jahre beim NDR und erstellte Features zum Kultur- und Zeitgeschehen. Die Journalistin und Schauspielerin Hanna Legatis, die die Gedenkveranstaltung moderierte, charakterisierte ihn als einen, »der es verstand, die Fragen hinter den Fragen zu stellen«. Auch in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt sei das nicht selbstverständlich. Deshalb engagierte er sich im Redakteursausschuss des NDR und war dort Vorsitzender im Personalrat.

Pensionierung war für ihn nicht Ruhestand. Sein Einsatz galt fortan ausschließlich dem Kampf gegen das Vergessen. Er produzierte und verfilmte über 200 Interviews mit Zeitzeugen der faschistischen Verfolgung – Juden, Sinti, Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer. Dazu gründete er mit seinem Sohn Shaun Hermel die Firma Memomedia Production. Der Historiker, mit dem er zusammen einen Film über Sinti und Roma gedreht hatte, würdigte die Art seiner »biographischen Gesprächsführung«, mit der er Antworten erhalten habe, die ein Historiker mit seinen »faktenorientierten« Fragestellungen nie erhalten hätte.

Hans-Jürgen Hermel engagierte sich für das freie Lokalradio Flora als linkem antifaschistischem Medium. Als diesem wegen »mangelnder Einschaltquote« die Frequenz entzogen wurde, unterstützte er den Weiterbetrieb als Internetradio.

Mit großem Einsatz engagierte er sich für den Aufbau der Gedenkstätte in der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule Ahlem, über deren Bedeutung an dieser Stelle schon mehrfach berichtet wurde. Jahrelang war er Mitglied, zuletzt Vorsitzender von deren Förderverein. Von hier gingen auch wesentliche Impulse zur Gründung des Netzwerks »Erinnerung und Zukunft« aus, in dem sich zahlreiche Initiativen, Vereinigungen und Einzelpersonen zusammenschlossen, die sich mit der Aufarbeitung der Naziverbrechen befassen.

2016 wurde Hans-Jürgen Hermel von Oberbürgermeister Schostok im Auftrag des Bundespräsidenten mit der Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Für alle, die gegen das Vergessen kämpfen, ist Hans-Jürgen Hermel nicht zu ersetzen. Zugleich bedeutet dieser Verlust eine Verpflichtung, die Anstrengungen gemeinsam und beharrlich fortzuführen. Alle, die das Glück hatten, ihn persönlich zu kennen, betrauern darüber hinaus einen liebenswerten, zugewandten und freundlichen Menschen.

Reinhold Weismann-Kieser

Dietrich-Kittner-Platz in Hannover eingeweiht

Ein Kontrapunkt zu Bismarck

Keine Stadt in deutschen Landen ist ohne eine Bismarckstraße. In Hannover führt sie durch die Südstadt.

In glorreichen Zeiten wurde eine Bahnlinie Richtung Süden gebaut. Wo sie diese Straße überquert, wurde 1911 ein Bahnhof eingeweiht, im Stil der Zeit als kleine teutsche Trutzburg. Die Straßenunterführung daneben wird bewacht durch vier furchteinflößende steinerne Adler: Der Bahnhof an der Bismarckstraße, kurz Bismarckbahnhof.

Lothar Pollähne, Bürgermeister dieses Stadtbezirks, ist seit Jahren bemüht, gegen vielfältigen Widerstand sein Gemeinwesen zu zivilisieren, und wenn es nur um die Benennungen von Straßen und Plätzen geht (an dieser Stelle wurde schon darüber berichtet). Seine jüngste Anstrengung galt dem Platz vor dem Bahnhof neben der Bismarckstraße. Er sollte Dietrich Kittner gewidmet werden. Am 1. März war es so weit: Eine kleine überparteiliche Gemeinde von Verehrern und Freunden des großen Kabarettisten, darunter auch Alt-Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, wohnten der Enthüllung des Schildes bei. Zuvor wurden Erinnerungen ausgetauscht. Die Christel und Dietrich Kittner Stiftung stellte sich vor.

rwk



Stadtbezirksbürgermeister Lothar Pollähne nach der Enthüllung des Straßenschildes

KZ Laagberg in Wolfsburg

Fundamente frei gelegt

In Wolfsburg, während des Faschismus »Stadt des KdF-Wagens« genannt, werden seit Anfang April die Fundamente einer Baracke des KZ Laagberg frei gelegt.

Am Standort des ehemaligen Außenlagers des KZ Neuengamme soll demnächst ein Supermarkt gebaut werden! Die Funde sollen lediglich dokumentiert und wieder zugeschüttet werden.

Die Idealvorstellung, die baulichen Reste mit einer Glasplatte sichtbar zu erhalten und für Jugendliche als authentisches Anschauungsobjekt zu nutzen – vielleicht kombiniert mit einem Dokumentationshaus auf der großen Fläche, mit Schülerarbeitsplätzen, Literatur zur Stadtgeschichte und Internetanschluss – ist weit von dem entfernt, was öffentliche und politische Zustimmung finden würde.

So sind wir froh, dass ein zusammen mit der VVN Wolfsburg vorbereiteter und von der PDL in den Ortsrat eingebrachter Antrag auf eine sichtbare Form der Erinnerung an das Leid der KZ-Häftlinge am authentischen Ort des Verbrechens positive Reaktionen erfährt.



Hier stand das KZ Laagberg Foto: M. Hartung

Wir haben bereits 2016 durch eine vorübergehend aufgestellte Kunstinstallation, die den Todesmarsch der etwa 1600 Häftlinge thematisiert, auf das ehemalige KZ hingewiesen. Diese Installation könnte – ergänzt durch eine Texttafel – den Ort sinnhaft charakterisieren.

M. Hartung

Studierendengruppe informierte sich über Zwangsarbeit und Erinnerungspolitik in Wolfsburg

Besuch aus den USA bei der VVN-BdA

Mitte März hatte die VVN-BdA in Wolfsburg nicht alltäglichen Besuch: eine zwölfköpfige Gruppe von Studentinnen und Studenten mit ihrem Geschichtsprofessor Thomas Pegelow Kaplan und einer Dozentin von der Appalachian State University aus Boone, North Carolina.

Im Rahmen ihres Forschungsseminars zum Holocaust machten sie eine Europa-Reise, in der sie mehrere deutsche Städte und auch die ehemaligen KZs Bergen-Belsen, Buchenwald und Auschwitz besuchten. In Wolfsburg interessierte sie besonders das Thema Zwangsarbeit im Volkswagenwerk und die Erinnerungspolitik in der Stadt nach 1945, wozu sie sich im VW-Archiv kundig gemacht hatten.

Für eine abschließende abendliche Diskussionsrunde hatten sie einen Vertreter des Stadtrates, den CDU-Ortsbürgermeister von Ehmen und die Sprecherin der örtlichen VVN-BdA, Mechthild Hartung, eingeladen. Prof. Kaplan erläuterte in seinem Eingangsbeitrag seine persönliche Beziehung zu Wolfsburg. Er war im Ortsteil Ehmen aufgewachsen und hatte als junger Mann in den 1970-er Jahren die ersten Auseinandersetzungen um die örtliche »Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus«, damals noch »Russenfriedhof«, miterlebt. Die VVN war ihm als wichtige Kraft in Erinnerung. Er sei sehr erfreut gewesen, über die Homepage zu erfahren, dass die VVN hier weiter aktiv sei und er sie so zu der Diskussion einladen konnte.

In der lebhaften Diskussion wurden schnell die konträren Positionen zur Erinnerungspolitik in Wolfsburg deutlich, so bei der Frage einer Studentin, wieso der Kriegsverbrecher und Profiteur der Zwangsarbeit, Ferdinand Porsche, immer noch Namensgeber für die Hauptgeschäftsstraße der Stadt sein könne. Der CDU-Ratsvertreter stritt eine Schuld von Porsche ab und hob dessen Bedeutung für das VW-Werk und die Stadt hervor. Die VVN-Vertreterin berichtete von den langjährigen, erfolglosen Versuchen der Wolfsburger Antifaschistinnen und Antifaschisten, eine Umbenennung der Straße oder mindestens eine aussagekräftige Legende an den Straßenschildern dieses SS-Oberführers (ein Generalsrang) durchzusetzen. Ähnlich war die Diskussion, als es um die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung oder um die Bewahrung baulicher Relikte aus der Zeit des Naziterrors ging.

Die Sympathie der Gruppe und ihres Professors für die Positionen der VVN-BdA wurden im Laufe der Diskussion immer deutlicher. Der Abend hat ihnen gezeigt, dass Erinnerungspolitik in Deutschland weiterhin ein umkämpftes Terrain ist, auf dem die VVN-BdA eine wichtige und notwendige Akteurin ist. Professor Kaplan sprach Mechthild Hartung am Ende der Diskussion den herzlichen Dank der Gruppe und eine Einladung an die Appalachian State University aus. Vielleicht ergibt sich daraus ja wirklich eine Zusammenarbeit?

Alfred Hartung



Prof. Thomas P. Kaplan (l.) und Studierende der Appalachian State University, Boone, NC., während der Diskussionsrunde zur Erinnerungspolitik an Zwangsarbeit und Holocaust in Wolfsburg Foto: M. Hartung

VVN-BdA Veranstaltungen in Peine

Erfolge in der Arbeit

Die Peiner VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der DGB Peine und das »Peiner Bündnis für Zivilcourage und Toleranz« begehen gemeinsam den Tag der Befreiung am 8. Mai, um 17 Uhr.

Bei der Kranzniederlegung am Ehrenmal im Peiner Herzberg begrüßt der Kreisvorsitzende Peter Baumeister die Anwesenden, das Grußwort spricht MdL Matthias Möhle, erster stellvertretender Landrat. Im Hauptteil der Veranstaltung tragen Schülerinnen und Schüler der Bodenstedt-Wilhelmschule und Peiner Auszubildende ihre Gedanken zum 8. Mai vor. Die musikalische Umrahmung übernimmt der Wendeburger Klaus Perger.

Ein weiterer Höhepunkt ist das »Fest der Kulturen«, das in diesem Jahr am Samstag, dem 3. Juni, von 11.00 bis 14.30 Uhr vor der Peiner City-Galerie stattfindet. VVN-Mitglieder beteiligen sich sehr aktiv. Bei der Jahreshauptversammlung Ende Januar konnte Peter Baumeister mit Freude verkünden, dass fünf neue Mitglieder in den Kreisverband eingetreten sind. Eine Publikation über den ersten Landrat und langjährigen VVN-Kreisvorsitzenden Richard Brennig ist gemeinsam mit anderen Verbänden vorgesehen. Das Manuskript liegt vor. So spielt die VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Peine eine wichtige Rolle im Kampf gegen alte und neue Nazis. ***Peter Baumeister***

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für das MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.
Redaktion: Michael Rose-Gille
Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der Postbank Hannover, IBAN DE17 2501 0030 0007 5103 07, BIC PBNKDEFF, sehr freuen.

Nächste Termine Hannover



Mahnmal Maschsee Nordufer

8. Mai, 16 Uhr,
Tag der Befreiung
- IG Metall und Kooperationspartner: Gedenkstunde am Mahnmal für die ermordeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Maschsee Nordufer

- VVN-BdA KV Hannover, 17.30 Uhr: Gedenkstunde für die inhaftierten Widerstandskämpfer und Verfolgten, Mahnmal für das ehemalige Gerichtsgefängnis

10. Juni, 15 Uhr
70 Jahre VVN LV Niedersachsen. Es spricht: VVN-BdA-Bundessprecherin Regina Girod
Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Straße 92, 30165 Hannover



Fotos: rwk



Mahnmal Gerichtsgefängnis

Was Ostermarschierer aufdeckten

NRW als Kriegsdrehscheibe

Redaktion: Ulrich Sander, Landesbüro der VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon: 0202 / 45 06 29, E-mail: nrw@vvn-bda.de; www.nrw.vvn-bda.de.
Unser Spendenkonto: Postbank Essen, IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35

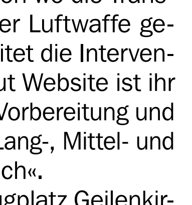
Der Aufbau der Militärbasen schreitet in NRW voran. Kalkar/Uedem ist als Zentrum für Luftoperationen der Luftwaffe und »Kombiniertes Luft-Operationen-Zentrum« der NATO-Luftleitzentrale für den Raum vom Golf bis Mali und von Island bis Osteuropa vorgesehen. Es arbeitet mit dem Geo-Informationszentrum für Daten, die auch die Atomkrieger im Konfliktfall im Rahmen von »Kontrolle und Kommando« als Basis für die Zielfindung von Büchel aus anwenden, zusammen.

General Joachim Wundrak, Direktor der Operativen Führung Luftstreitkräfte in Kalkar, kündigte an: »Der Luftwaffenstandort wird … weiter an militärischer Bedeutung gewinnen.« Die Einheiten seien an »Planungen und Einsätzen von Bundeswehr und NATO in Osteuropa beteiligt. Mit der Luftraumüberwachung der baltischen Staaten« seien weitere Aufgaben hinzugekommen. (lt. nrz, 18.02.2015)

Die Kalkarer NATO-Strategie-Schmiede Joint Air Power Competence Center (JAPCC) zweifelte in ihrer Jahreskonferenz 2014 an, dass es in Europa keinen großen Krieg (»major war«) mehr geben könne. Statt mit Friedenspolitik der Gefahr entgegenzuwirken, fordern die Militärs im Future Vector-Tagungs-Manuskript einen »angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Fähigkeiten«. Dazu passt:

Landesweite militärische Hochrüstung

2019 werden erste lenkwaffengetragene US-Nuklearbomben fertig, ca. 20 davon kommen Experten zufolge nach Büchel. »Miniaturisiert« gelten sie als »gebrauchsfreudig« (Guardian, 07.03.15). Weitere todbringende Militärzentren in NRW:



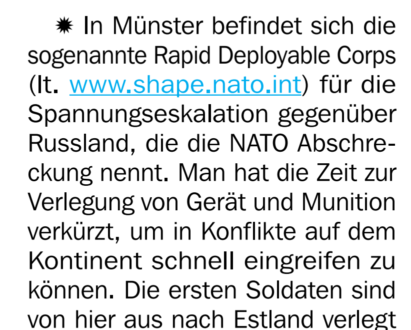
✷ Köln-Wahn, von wo die Transportkapazitäten der Luftwaffe gesteuert werden, leitet die Interventionsstrategie. Laut Website ist ihr »Kernauftrag« die Vorbereitung und Durchführung »im Lang-, Mittel- und Kurzstreckenbereich«.

✷ Der NATO-Flugplatz Geilenkirchen ist Basis der Awacs-Flotte. Sie ermittelt Daten u. a. für den Drohnen-, den Interventionskrieg in Afrika, Asien und Europa. Sie unterstehen dem Geilenkirchener NATO-Hauptquartier »Force Command«.

✷ Bonn. Hier wird der Stab für Cyber-Angriffe auf die Infrastruktur gegnerischer Staaten aufgestellt. Im Juli 2017 soll er die »Verantwortung über rund 13.500 Kräfte« des Bereiches übernehmen. Der Cyber-Krieg verwischt Grenzen zwischen Krieg und Frieden, hier erfolgen Angriffe ohne Kriegserklärung und ohne munitiontragende Waffen per elektronischer Schadsoftware.



Immer wieder Protest gegen die Hochrüstung in NRW. Foto: jochen vogler - r-mediabase.de



✷ In Münster befindet sich die sogenannte Rapid Deployable Corps (lt. www.shape.nato.int) für die Spannungseskalation gegenüber Russland, die die NATO Abschreckung nennt. Man hat die Zeit zur Verlegung von Gerät und Munition verkürzt, um in Konflikte auf dem Kontinent schnell eingreifen zu können. Die ersten Soldaten sind von hier aus nach Estland verlegt worden.

✷ In Dülmen baut die US-Armee ein Militärlager auf, um schnell weltweit einzugreifen. Als Legitimationsmärchen verweisen die Militärs auf die Krim – so, als hätte die Türkei nicht Nordzypern gewaltsam annektiert und die NATO nicht den Kosovo von Serbien abgetrennt. So »beweist« sie, dass sie die Gute ist und Russland der Aggressor.

✷ Essen. Hier findet im Oktober die JAPCC-NATO-Konferenz unter dem Titel »Abschreckung« statt, wobei auch die Nuklearkonzerne Lockheed Martin und General Atomics in Erscheinung treten. Das JAPCC-Journal Nr. 23 schreibt, man müsse die Kapazität und den Willen aufbauen, im Konfliktfall zu gewinnen.

Proteste des Ostermarsches gegen das militarisierte NRW

Das Ostermarschkomitee Rhein-Ruhr ruft für den 3. Oktober zur Friedensdemonstration gegen die Luftleitzentrale in Kalkar auf, und am Samstag danach wird in Essen eine Demonstration »Zusammenarbeit statt Abschreckung« gegen die Tagung der Militärs in der Messe Essen stattfinden. Weitere Friedensaktionen finden in Dülmen statt. Es wird erklärt: Ein großer Krieg würde auf das Ende der Zivilisation in Europa hinauslaufen, denn in Europa laufen rund 200 Atomreaktoren. Das leistungsstärkste Atomkraftwerk Europas etwa befindet sich ca. 200 km von Donezk entfernt in der Ukraine.

Bernhard Trautvetter

Brüskierung der Opfer des Faschismus durch Dortmunder Rat

Warntafel am Platz der Ruhrlade verlangt

Die Ausschussvorsitzende des Beschwerde- und Eingabeausschusses im Dortmunder Stadtrat hat es abgelehnt, eine VVN-BdA-Eingabe auf die Tagesordnung zu setzen, schrieb die VVN-BdA von Dortmund in einem Protestbrief an den Rat.

Die CDU-Kommunalpolitikerin bezog sich darauf, dass ein ähnlicher Antrag bereits behandelt worden sei – acht Jahre zuvor! Worum ging es? Die Antifaschisten hatten angeregt, am Ort der Tagung der Ruhrlade vom Januar 1933 eine Mahntafel anzubringen (siehe *antifa* März/April 2017).

Nun wurde Widerspruch eingelegt und bekräftigt, es werde eine Warntafel folgenden Inhalts gefordert: »Hier an der Ecke Eintrachtstraße/Hainallee stand die Villa Springorum. Es trafen sich darin am 7. Januar 1933 Franz v. Papen und führende Ruhrindustrielle des Geheimbundes ›Ruhrlade‹, um über die Machtübertragung an Adolf Hitler und seine Partei zu entscheiden. Sie erfolgte am 30. Januar 1933, und viele Ruhrindustrielle unterstützten sie. Sie profitierten von Rüstung und Krieg, von der Beseitigung der Demokratie und der Gewerkschaften, von Antisemitismus, Holocaust und Zwangsarbeit und von der Unterdrückung und Ausplünderung der Völker Europas.«

U.S.

Vor allem die Verwirklichung der Verfassung ist notwendig

Antifaschismus im Wahlkampf

An alle derzeitigen Landtagsabgeordneten und an die Kandidaten zur Landtagswahl am 14. Mai hat die VVN-BdA geschrieben:

»Ganz zuerst wollen wir Sie bitten, sich des Themas Krieg oder Frieden auch im Landtagswahlkampf und dann im Landtag anzunehmen.« NRW ist übersät mit Militärstandorten, die wie Magneten das Unheil anziehen können, wurde gesagt (s. nebenstehenden Artikel »NRW als Kriegsdrehscheibe«). »NRW ist zum hauptsächlichen Aufmarschgebiet für sehr aktuell drohende Kriege gemacht worden. Die NATO-Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind zu beseitigen. Dafür sollten sich die Landtagsabgeordneten einsetzen.«

Bei allen Entscheidungen sollten sich die Politiker an der Landesverfassung orientieren. In Artikel 7 der Landesverfassung wird die Erziehung »zur Völkergemeinschaft und zur Friedensgesinnung« verlangt. Deshalb müsse »der Kooperationsvertrag der Landesregierung mit der Bundeswehr gekündigt werden«.

Dass NRW mehr Armut und mehr Arbeitslosigkeit als andere Länder habe, das bleibe meist unerwähnt. Dies liege ganz besonders auch daran, dass die Landesverfassung nie verwirklicht wurde. Weil es auch aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Nazizeit notwendig ist, für die sozialen Menschenrechte zu wirken, heißt es in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen im Artikel 24:

»Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.« Dies sei eine programmatische Weisung an den Gesetzgeber. Es wird besonders hervorgehoben, dass dieser Schutz vor dem Schutz materiellen Besitzes rangiere.

Gäbe es einen Interessenkonflikt, so sei die Arbeitskraft als das höhere Gut anzusehen. »Wir verlangen, dass Regierung und Parlamentarier nach dieser Verfassungsbestimmung handeln. Und wir hoffen, dass Sie es im Wahlkampf thematisieren.«

Konzernmacht überwinden

»Auch für den Verfassungsschutz haben wir an dieser Stelle eine lohnende Aufgabe«, wird betont: Wäre es nicht gut, einmal aufzulisten, welche großen Wirtschaftsvereinigungen gegen diesen Artikel 24 der Landesverfassung verstoßen und somit verfassungsfeindlich handeln? Warum taucht so etwas im Verfassungsschutzbericht nie auf?

Von diesen Überlegungen ist auch unser Dokument »Programmatische Eckpunkte« durchdrungen. Darin zitieren wir u. a. Artikel 27 der NRW-Landesverfassung: »Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.«

Auf der Grundlage dieses Artikels müssen Betriebe wie z. B. Thyssen-Krupp oder Rheinmetall vergesellschaftet und damit ihr kriegerisches Wirken beendet werden. Ganz aktuell ist an die IG Farben-Nachfolger zu erinnern. So schließt Bayer gegenwärtig einen Teufelspakt mit einem Konzern der USA, der mit Gefährdung von Umwelt und Gesundheit der Menschen bekannt wurde. Derselbe Bayerkonzern hat sich mit einer großen Spende am Wahlkampf für den erzreaktionären Donald Trump in den USA beteiligt.

Auch diese Forderung ist bereits in der Landesverfassung, Artikel 32, verankert: »Vereinigungen und Personen, die es unternehmen, die staatsbürgerlichen Freiheiten zu unterdrücken oder gegen Volk, Land oder Verfassung Gewalt anzuwenden, dürfen sich an Wahlen und Abstimmungen nicht beteiligen.«

In der Flüchtlingspolitik hoffen wir sehr, dass die Bewegung in unserem Land für die in Not geratenen und zu uns kommenden Menschen anhält und dazu die Parteien im Landtag von Nordrhein-Westfalen ihren großen Anteil leisten – und nicht auf Obergrenzen setzen. Menschenrechte gelten für alle, und da setzt man keine Obergrenzen.

Falk Mikosch

NRW-VS bespitzelt Antifaschisten

Doch der Schwur gilt

»Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

So schworen es die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald. Auch in NRW haben sie sich in der VVN-BdA zusammengeschlossen. Lange Zeit, im Kalten Krieg, diffamierte der Verfassungsschutz die VVN, indem er sie im VS-Bericht als verfassungsfeindlich denunzierte. Später wurde die VVN nicht mehr im nordrhein-westfälischen Inlandsgeheimdienst-VS-Bericht genannt. Doch jetzt kam heraus: Auch in NRW wird die VVN-BdA weiter bespitzelt. Dies wird nicht im Bericht genannt, sondern in einem Dossier des »Verfassungsschutzverbundes«, in dem der Bundesverfassungsschutz und die Verfassungsschutzämter aus elf Bundesländern eng zusammenarbeiten. Dort wurde auch der Schwur von Buchenwald und der Widerstand der Kommunisten gegen Hitler als verfassungsfeindlich eingestuft.



Foto: jochen vogler - r-mediabase.de

Sie werden auch vom NRW-Verfassungsschutz als besonders gefährliche linke Verfassungsfeinde diffamiert: Silvia Gingold (Hessen) und Ulli Sander (NRW)

Die VVN-BdA protestiert entschieden gegen die Geheimdiensttätigkeit wider die NRW-VVN. Verurteilt wurde auch das Verbot des Innenministers, an Schulen die Losung »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« zu verwenden. Die angebliche Partei und tatsächliche illegale faschistische Nachfolgeorganisation »Die Rechte« müsse endlich aufgelöst werden, so die VVN-BdA.

U.S.



Foto: jochen vogler - r-mediabase.de

Gegen das SS-Treffen in Riga wurde auch in Düsseldorf protestiert

Versteckt im TÜV-Gebäude: das lettische Konsulat. Auf Beschluss der Landeskonferenz der VVN von NRW wurde dort eine Protestaktion durchgeführt. Rund 20 Menschen waren dem Aufruf gefolgt und protestierten erkennbar und laut gegen den alljährlich am 16. März in Riga stattfindenden Gedenkmarsch der Legion der Waffen-SS zum »Freiheitsdenkmal«. »Diese Protestkundgebung wird auch im nächsten Jahr wieder stattfinden – und dann sind wir sicher noch mehr Leute«, sagte Landessprecher Jochen Vogler.

Vision einer friedlichen, weltoffenen, menschlichen und sozial gerechten Gesellschaft

VVN Sachsen feierte 70-jähriges Bestehen

Am 12. März 2017 fand im Chemnitzer »Platner Hof« eine Festveranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages der Gründung der VVN statt. Neben Landtagsabgeordneten der Linken und von Bündnis90/Die Grünen nahmen der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, Prof. Heinrich Fink, der Landesvorsitzende der Linken, Rico Gebhardt, der Stellvertreter der Chemnitzer Oberbürgermeisterin, Sven Schulz, sowie zahlreiche Mitglieder der VVN-BdA aus ganz Sachsen teil.

Regina Elsner, Erste Sprecherin der VVN-BdA Sachsen, eröffnete die Veranstaltung mit warmen Worten und bekräftigte das Festhalten der sächsischen VVN an dem Vermächtnis der im Hitlerreich Eingekerkerten und dem Schwur von Buchenwald. Sie erinnerte an verdienstvolle Mitglieder der VVN, die nicht mehr unter uns weilen, gab aber gleichzeitig einen optimistischen Ausblick, weil, wie sie betonte, die VVN auch in Gegenwart und Zukunft ein unverzichtbarer Teil der demokratischen Gesellschaft sei. »Uns alle vereint eine Vision, die Vision einer Gesellschaft, die friedlich, weltoffen, menschlich und sozial gerecht ist, in der das Recht auf Leben, Arbeit und Bildung, Menschenwürde und Freiheit verwirklicht ist, in der der Mensch ein Mensch ist.«

Grußworte kamen von Bürgermeister Schulz und Prof. Fink. Den Festvortrag hielt Prof. Reinhold Gläß aus der Lausitz. Er gab einen Rückblick über das Entstehen und die Entwicklung der VVN in den beiden deutschen Staaten und seit der Vereinigung. Die Gründung der VVN als interzonale Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes sei ein wichtiger Meilenstein und ein wesentlicher Impuls für eine antifaschistisch-demokratische Nachkriegsentwicklung in Deutschland gewesen, »schlossen sich doch über weltanschauliche, ethnische und religiöse Grenzen hinweg Menschen unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung aus verschiedenen Schichten zusammen, die die gemeinsame Erfahrung von erlebtem Leid, Ohnmacht und Willkür, aber auch von Solidarität, Widerstand und empfundener gemeinsamer Stärke einte. Menschen, die aus unterschiedlichsten politischen, ethnischen, religiösen und anderen Gründen vom Naziregime verfolgt worden waren. Mit ihrer neuen Organisation setzten sich deren Gründer zum Einen das Ziel, über die Verbrechen des Faschismus, über Täter, Opfer und Widerstand aufzuklären, und zum Anderen wollten sie den Verfolgten Hilfe und Unterstützung angedeihen lassen. Grundsätzlich waren sich alle Mitglieder darin einig, im Sinne des Schwurs von Buchenwald jede Wiederholung und jedes Wiederaufflammen des Nationalsozialismus zu verhindern«, begann sein fast einstündiger Festvortrag.

Erstmals wurden Ehrenurkunden für besondere Verdienste bei der Bewahrung des antifaschistischen Erbes verliehen. Ausgezeichnet wurden der letzte sächsische Auschwitz-Überlebende Justin Sonder aus Chemnitz, Erna Walter aus Plauen, Angelika Jannack aus Bautzen, Karlheinz Köhler aus Annaberg-Buchholz, Wolfgang Tarnowski aus Radebeul, Dr. Hans Brenner aus Zschopau und Peter Giersich aus Auerbach/Vogtland.

Die Festveranstaltung klang mit einem regen Erfahrungs- und Meinungsaustausch in harmonischer Atmosphäre aus.

Peter Giersich, Auerbach

V.i.S.d.P. Peter Giersich Redaktion: Landesverband Sachsen des VVN-BdA, Strehlener Straße 14, 01069 Dresden, Tel. 0351/ 4901903 E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de oder vvn-vogtland@t-online.de

Spenden: BIC: DRESDE FF 850; IBAN: DE90 8508 0000 0528 2111 02

Der 27. Januar in Leipzig

Kein Ende der Erinnerungskultur

Vielleicht war es die Reaktion auf die unsäglichen Verbalentgleisungen eines thüringischen AfD-Abgeordneten im Vorfeld des alljährlichen Holocaust-Gedenktages. Eine Reaktion, die jenem, der eine Wende in der Erinnerungskultur »um 180 Grad« gefordert hatte, allerdings nicht recht gewesen sein dürfte. Denn in Leipzig kamen am 27. Januar 2017 mehr Menschen als im letzten Jahr zusammen und machten allein durch ihre Anwesenheit deutlich, dass es ein Ende der Erinnerung an deutsche Gräueltaten nicht geben darf und wird.

Für den Leipziger VVN-BdA hielt dieser bitterkalte Freitag ein straffes Programm bereit, waren doch viele Mitglieder nicht nur bei allen vier Veranstaltungen des Tages zugegen, sondern teilweise auch aktiv daran beteiligt. Der Auftakt war so unerfreulich wie leider schon Routine: Die Tafel, welche in der Kamenzer Straße 10 an 5.000 Zwangsarbeiterinnen erinnert, die zwischen 1944 und 1945 dort interniert waren, musste erneuert werden. Sie war zu Jahresbeginn bereits zum sechsten Mal zerstört worden.

Im Anschluss daran fand nur wenige Meter entfernt die offizielle städtische Gedenkfeierlichkeit am Abtnaundorfer Mahnmal statt. Die Anlage, welche an eines der letzten Verbrechen der Nationalsozialisten in Leipzig erinnert, wurde im Januar um sechs erläuternde Tafeln erweitert. In mehreren Sprachen, darunter auch Braille, erhalten Interessierte einen Überblick über Lage, Größe und Bedeutung eines der größten Buchenwald-Außenlager. 72 Jahre, nachdem hier jede Menschlichkeit verlorenging, mahnten eindringliche Worte, dies nie wieder zuzulassen – ausgesprochen vom aktuellen Oberbürgermeister Burkhard Jung sowie vom Enkel eines seiner Amtsvorgänger, Berthold Goerdeler.

Ergreifend auch die Rede von BdA-Mitglied Dr. Petra Lau zur anschließenden Ausstellungseröffnung im Neuen Rathaus. Sie bemüht sich seit vielen Jahren um das Andenken an die Ärztin und Widerstandskämpferin Dr. Margarete Blank an deren einstiger Wirkungsstätte in Leipzig-Panitzsch. Die Wanderausstellung zum Leben und Wirken der geachteten und mutigen Frau, die am 8. Februar 1945 in Dresden durch das Schafott zu Tode kam, wurde in ihrer Neugestaltung erstmals gezeigt und war eine Woche lang zu sehen.

Den Abschluss dieses ereignisreichen Tages bildete das Erinnern an die deportierten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Stadt. Seit sechs Jahren gibt es die Kunst-Installation von Roland Steckel am Gleis 24 auf dem Hauptbahnhof, von Leipziger Initiativen, Einwohnerinnen und Einwohnern gewollt, finanziell ermöglicht und nach wie vor beachtet. Seit ihrer Einweihung am 27. Januar 2012 wechselt deren Trägerschaft, die auch der BdA schon einmal übernommen hat. Seit zwei Jahren kümmert sich nun der antirassistische Fußballverein Roter Stern Leipzig e. V. (RSL) um den stilisierten Koffer, der an das Schicksal derer erinnert, die von Leipzig aus ihre Fahrt in das Ghetto Theresienstadt antreten mussten. RSL-Geschäftsführer Adam Bednarsky, Grünen-Bundestagsabgeordnete und Stern-Mitglied Monika Lazar sowie die BdA-Vorstandsvorsitzende Renate Peinel erinnerten jedoch nicht nur, sondern schlugen den Bogen zur Gegenwart: Vor dem Hintergrund der heutigen gesellschaftlichen Herausforderungen kann und darf es kein Ende des Erinnerns geben.

Klaudia Naceur, Leipzig